



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 27. Oktober 2020
Kantonsratspräsidentin Ylfete Fanaj

P 394 Postulat Schnider-Schnider Gabriela und Mit. über eine einheitliche Kontakt-App für Dienstleistungsbetriebe, Tourismus, Kultur- und Sportstätten / Gesundheits- und Sozialdepartement

Das Postulat P 394 wurde auf die Oktober-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat ist mit der dringlichen Behandlung einverstanden. Der Rat stimmt der dringlichen Behandlung zu.

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.

Urban Sager und Rahel Estermann beantragen teilweise Erheblicherklärung. Gabriela Schnider-Schnider hält an ihrem Postulat fest.

Urban Sager: Das Contact-Tracing im Kanton Luzern ist zeitweise zusammengebrochen. Positiv getestete Personen konnten nicht mehr kontaktiert werden, Menschen in Quarantäne wurden nur ungenügend betreut, wir konnten dies alles lesen und haben es in unserem Umfeld erlebt. Mir ging es zumindest so. Mit einem vorausschauenden Ausbau hätte man dies abwenden können, der Kanton Graubünden hat es vorgemacht. Umso wichtiger ist es jetzt aber, die Betriebe bei der Erfassung der Daten zu unterstützen. Genau das fordert das Postulat von Gabriela Schnider-Schnider. Wir unterstützen dieses Postulat grundsätzlich, sind aber mit der Regierung einverstanden, dass es keinen Sinn macht, jetzt eine eigene App oder eine eigene Softwarelösung zu entwickeln. Zum einen dauert dies zu lange, zum anderen ist es sehr aufwendig, die entsprechenden Abklärungen zum Datenschutz und zu Weiterem zu treffen. Es gibt gute bestehende Lösungen, die bereits im Einsatz sind und funktionieren. Wir sehen aber den Kanton Luzern trotzdem in der Pflicht. Er soll die bestehenden digitalen Lösungen auf ihre Güte prüfen. Die Einhaltung von Datenschutzbestimmungen und das Funktionieren der entsprechenden Schnittstellen zur Datenübertragung für das Contact-Tracing müssen kontrolliert werden. Mit einer Art Gütesiegel, zum Beispiel «vom Kanton Luzern empfohlen», können wir den Konsumentinnen und Konsumenten ein klares Zeichen abgeben, dass die Softwarelösung sinnvoll ist, den Datenschutzbestimmungen entspricht und uns hilft, weil sie das Contact-Tracing unterstützt. Das erhöht das Vertrauen und die Akzeptanz in die Lösungen, und das ist ein Ziel, das grundsätzlich der Nachverfolgbarkeit dient. Zudem soll der Kanton Luzern prüfen, ob und wie er die Betriebe finanziell oder organisatorisch im Zusammenhang mit dem Contact-Tracing unterstützen kann. Es dürfen dem keine finanziellen Gründe im Weg stehen, dass bestehende Lösungen flächendeckend zur Anwendung kommen. Die SP-Fraktion bittet Sie um teilweise Erheblicherklärung des Postulats.

Rahel Estermann: Als ich mir meine Meinung zum Postulat P 394 gemacht habe, habe ich mir überlegt, welchen Zielen es nützen kann, wenn wir hier im Kantonsrat über die Software für das Contact-Tracing in den Betrieben sprechen. Ein Ziel ist, dass wir möglichst viele Organisationen dazu bewegen können, dass sie für ihr Contact-Tracing Software nützen und nicht handschriftliche Listen. Das Luzerner Contact-Tracing soll möglichst schnell möglichst

gute und vollständige Listen bekommen. Zudem sollten die Gäste bei der Software darauf vertrauen können, dass ihre Daten sicher gespeichert sind und nach zwei Wochen wieder gelöscht werden. Die Datenschutzstandards müssen eingehalten werden. Würden wir diesen Zielen näher kommen, wenn der Kanton Luzern eine eigene App programmieren würde? Ziemlich sicher nicht, Urban Sager hat die Gründe dafür genannt. Es gibt schon viele gute Softwarelösungen, die oft ohne finanzielle Entschädigung von den Betrieben genutzt werden können. Wir können diesen drei Zielen aber mit einer teilweisen Erheblicherklärung näher kommen. Wir fordern den Kanton auf, die am meisten verbreiteten Lösungen zu prüfen und die tauglichen zu empfehlen. Es geht um Schnittstellen, die Unterstützung des Contact-Tracings und die Einhaltung der Datenschutzstandards. Wir sollten auch von der Idee wegkommen, dass es eine einheitliche Lösung geben muss. Solange die Schnittstellen funktionieren, ist es überhaupt kein Problem, wenn es mehrere gibt. Der Kanton muss einfach Vorgaben und Standards kommunizieren. Verschiedene Lösungen führen dazu, dass man die Daten dezentral speichert, was aus Sicherheitsgründen vorteilhaft ist. Sie haben heute vielleicht in der Zeitung gelesen, dass der Kanton Uri eine Empfehlung für eine App ausgesprochen hat. Ich finde, es müsste nicht nur eine sein. Auch der Kanton Bern hat eine App empfohlen. Dies stösst auf Resonanz. Die Betriebe werden so darauf sensibilisiert, eine gute Contact-Tracing-Software zu nutzen. In diesem Sinn beantragt die G/JG-Fraktion, das Postulat teilweise erheblich zu erklären. Wir freuen uns, wenn Sie uns folgen.

Gabriela Schnider-Schnider: So ein Zufall: In der Presse vom letzten Sonntag war in einem ganzseitigen Bericht schwarz auf weiss gedruckt, was mich bereits vor einer Woche zum Einreichen meines dringlichen Postulats bewogen hat. Auch heute ist in der «Luzerner Zeitung» ein ähnlicher Artikel abgedruckt. Diese Zeitungsartikel machen deutlich, dass es nun allerhöchste Zeit ist für ein einheitliches Instrument zur Erfassung von Kontaktdaten, ein digitales Werkzeug, das schlussendlich auch dem Contact-Tracing rasch und zuverlässig zu den nötigen Daten verhilft. Ich danke der Regierung für die rasche Antwort und bedaure die ablehnende Haltung. Bereits im Sommer ist das Thema auf Bundesebene erkannt und diskutiert worden. Leider wollte das Bundesamt für Gesundheit aber von einer einheitlichen Bundeslösung nichts wissen. Es hat den Puck an die Kantone weitergegeben und ihnen die Regeln für die Registrierung überlassen mit der Begründung, der Bund selbst habe keine rechtliche Grundlage, ein derartiges System zu betreiben. Man hat es also verpasst, auf Bundesebene eine einheitliche Lösung anzustreben. Dafür gibt es jetzt einen Flickenteppich an Erfassungsmethoden sowohl auf Papier als auch digital. Die erhobenen Daten, vielfach Papierlisten, sind oft nicht brauchbar, da sie unvollständig oder falsch sind, und erschweren die Auswertungsarbeiten durch die Contact-Tracer. Zudem beißen sich Papierlisten und der Datenschutz gewaltig. Mit manuell erfassten Papierlisten, welche auf den Gastrotheken liegen bleiben und von jedem beliebig eingesehen werden können, wird der oft so hoch gewichtete Datenschutz nicht garantiert. Ich habe auch Zweifel daran, dass die manuell erhobenen Listen tatsächlich nach den vorgeschriebenen 14 Tagen vernichtet werden. Eine termingerechte Löschung könnte bei einer digitalen Lösung problemlos programmiert werden. Es mag sein, dass ein Grossteil der Einrichtungen und Betriebe aus der Not heraus selber ein für sie passendes System installiert haben. Trotzdem werden vielerorts mangels Willens oder wegen des Zeitdrucks oder der Kosten die Daten immer noch nur lückenhaft oder gar nicht erfasst und auch nicht überprüft. Es wird auf die Eigenverantwortung der Gäste gesetzt, was nicht immer zum erhofften Erfolg führt. Kurz und gut: Es fehlt ein einheitliches, digitales Werkzeug. Wünschenswert wäre die Datensammlung in einem einzigen Pool. Es geht mir bei meinem Anliegen aber nicht nur um die Anbieter. Wenn jeder sein eigenes Süppchen kocht, ist den Gästen, Kunde, Patienten, Kirchengängern oder Wintersportlern nicht geholfen. Es braucht ein einheitliches Tool, um auf dem eigenen Smartphone die für das Contact-Tracing benötigten Daten hinterlegen zu können. Einmal registriert, erhält man bei sämtlichen Einrichtungen und Betrieben rasch und unkompliziert Einlass. Ein schöner Nebeneffekt ist dann auch die Minimierung der Wartezeiten zum Beispiel beim Anstehen in der Kälte. Ein einheitliches Kontakterhebungssystem bedeutet einen enormen Mehrwert für unser künftiges Miteinander während der Corona-Pandemie

und auch darüber hinaus. In diesem Sinn bitte ich Sie um Unterstützung der Erheblicherklärung meines Postulats.

Mario Cozzio: Diverse Apps zur Registrierung von Gästen oder Besuchern sind bereits im Umlauf. Alle, welche ich bereits verwenden durfte, waren sehr einfach zu bedienen: Mittels QR-Codes gelangte ich zu einer Seite, auf welcher ich mich problemlos registrieren konnte. Teilweise verwenden unterschiedliche Betriebe sogar dieselbe App, und ich musste nur noch den Code scannen. Bei einer kurzen Google-Suche habe ich zwei Apps gefunden. Beide sind kostenlos, die eine verwendet ein Onlineformular, die andere verwendet einen Code, den man beim Betreten und beim Verlassen des Restaurants scannen muss. So kann auf die Minute genau bestimmt werden, ob man einem Risiko ausgesetzt war oder nicht. Sie sehen: Es besteht kein Bedarf für eine weitere App, speziell nicht, weil ein staatlich generiertes System die bereits bekannten Systeme nur unnötig konkurrenzieren würde. Zudem muss man bedenken, dass die Entwicklung einer App Zeit und Geld kostet. Letzteres ist im Moment leider nicht im Überfluss vorhanden. Entsprechend fällt mir leider kaum ein Argument für eine staatliche Erfassungs-App ein. Auch die wenigen nicht eingesparten Sekunden, welche dank einer einheitlichen App beim Registrieren eventuell resultieren würden, dürften verkraftbar sein. Schliesslich wird durch das Coronavirus sowieso alles etwas entschleunigt – ausser vielleicht die Abstände zwischen den neuen Verordnungen des Bundes. Die GLP-Fraktion folgt der Regierung und lehnt das Postulat ab.

Urs Dickerhof: Es ist nicht die Aufgabe des Kantons, sich um die Entwicklung von Apps zu kümmern, welche schon lange bestehen und von Privaten konkurrenziert werden würden. Wir haben es gehört, es gibt bereits ganz einfache Apps wie die Mindful-App. Knapp 4000 Unternehmen brauchen diese App, von Kultur über Restaurants, Hotels bis hin zum FC Luzern. Wenn man einen Match schauen will, muss man angeben, wo man sitzt. Hier ist schon alles Benötigte vorhanden, und die Bedienung ist einfach. Auf der anderen Seite hat die IG Kultur Luzern auch eine App geschaffen, welche ebenfalls eine Komplettlösung für das Gastgewerbe und Events anbietet. Das sind zwei Beispiele wichtiger Apps, die hier in der Innerschweiz mehrheitlich gebraucht werden. Eine Neuentwicklung würde einiges kosten, und ich glaube, es ist für die Leute auch viel einfacher, wenn es wenige bedienbare Apps gibt, als wenn es viele Apps gibt, deren Bedienung kompliziert ist. Die Forderungen von Urban Sager, die in eine ganz andere Richtung gehen, sind Punkte, die – wenn überhaupt notwendig – mit einem anderen Postulat aufgenommen werden sollten. Das Postulat kann deshalb nicht teilweise erheblich erklärt werden. Die SVP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Philipp Bucher: Aus unserer Sicht sind die Erklärungen der Regierung schlüssig und nachvollziehbar. Es ist tatsächlich nicht zielführend, wenn der Kanton selber eine weitere App entwickelt. Dagegen spricht einerseits der Aspekt des Zeitbedarfs, bis eine solche entwickelt ist. Andererseits gehen wir mit der Regierung klar darin einig, dass dies nicht Aufgabe des Kantons ist. Um welche App ginge es überhaupt? Es ist mit Sicherheit wesentlich zielführender, wenn sich mehrere Betriebe absprechen und auf eine App einigen. Ein guter Freund hat mir erzählt, wie das in der Stadt Bern gelöst wird. Mario Cozzio hat das bereits ausgeführt. Die Bars in Bern haben sich abgesprochen und so eine einfache und praktikable Lösung umgesetzt. Da soll noch jemand behaupten, die Berner seien langsam. Ich kann Ihnen noch zwei Beispiele aus Dagmersellen geben. Wenn ich einen Handballmatch des TV Dagmersellen besuche, scanne ich den Code mit der Mindful-App beim Eintritt ein, und schon bin ich registriert. Bei einem Match des FC Dagmersellen scanne ich ebenfalls einen QR-Code und lande auf einer speziellen Homepage des FCD, wo ich mich registrieren kann. Ich bin sicher, dass es noch viele weitere solche Beispiele gibt. Aus unserer Sicht ist es also relativ einfach, wenn sich die Betreiber von Gaststätten und Tourismus-, Kultur-, Sport- und Dienstleistungsbetrieben absprechen und sich gemeinsam auf eine der bereits vorhandenen Apps festlegen. Diese Betriebe sind ja oft über die lokalen Gewerbevereine, Tourismusorganisationen oder Verbände vernetzt. So sollte doch in der heutigen Zeit einfach und rasch eine Absprache erfolgen können, sicher schneller, als bis eine neue App entwickelt wäre. In diesem Sinn lehnt die FDP-Fraktion das Postulat P 394

ab, wie von der Regierung beantragt.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Ich bin überrascht über das Votum von Kantonsrat Urban Sager. Er verlangt, dass der Kanton Luzern ein Gütesiegel machen und sich finanziell beteiligen soll. Das können wir nicht. Wir haben das Know-how dafür auch gar nicht. Wir haben heute ungefähr 240 Infizierte. Das Problem sind nicht diese Personen, das Problem ist, dass die Adressen und Telefonnummern nicht stimmen und dass die Leute das Telefon nicht abnehmen oder verreist sind. Die «Schüür» hat zum Beispiel ein sehr gutes System, das funktioniert. Wir haben das getestet. Wir haben kein Problem mit dem Weg, sondern wir haben Probleme mit den Namen, die uns von den Labors gemeldet werden. Aufgrund dieses Postulats habe ich mit Vertretern verschiedener Betriebe gesprochen, die verpflichtet sind, Kontaktdaten der Besucher aufzunehmen, auch mit dem Skiort Sörenberg. Diese sind bereits heute gut organisiert. Sie machen dies ohne Kanton autonom und besser. Wichtig ist, das hat Kantonsrätin Rahel Estermann bereits erwähnt, dass die Schnittstellen funktionieren, damit wir handeln können. Das bringen wir aber hin. Die IG Kultur hat eine App entwickelt, die ich dem Kanton Obwalden empfohlen habe. Hier dem Kanton einen Auftrag zur Entwicklung einer solchen App zu geben, wird nicht funktionieren. Wir haben das Know-how und die Finanzen dazu gar nicht. Ich bitte Sie im Namen der Regierung, dieses gut gemeinte Postulat abzulehnen, denn wir können dieses nicht umsetzen.

In einer Eventualabstimmung zieht der Rat die teilweise Erheblicherklärung der Erheblicherklärung vor.

In der definitiven Abstimmung lehnt der Rat das Postulat ab.